



© VdK Berlin Brandenburg

Der Fachbeirat Care Management lud am 10. Januar 2024 zu einem Fachgespräch zur „Lage versorgungsintensiver Kinder im Land Berlin“ ein. Teil nahmen die Staatssekretärin für Gesundheit und Pflege, Ellen Haußdörfer, als auch die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Ausschüsse für Gesundheit und Pflege sowie für Bildung, Jugend und Familie.

Bettina Land von „EbE - Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e.V.“ hat die Situation von versorgungsintensiven Kindern in Kitas und Schulen aus der Perspektive der Eltern geschildert. Das Interview, geführt von Susanne Werner, wurde am 18.05.2024 um 04:30 Uhr in der Ärzte Zeitung veröffentlicht.

**„Schulgesundheitsfachkräfte gefordert
Wenn der Pflegebedarf von Kindern die Schulpflicht gefährdet“**

Kinder mit einer chronischen Erkrankung oder Behinderung werden im Bildungssystem nicht ausreichend versorgt. Betroffene Eltern fordern, dass Schulgesundheitsfachkräfte endlich flächendeckend etabliert werden.

Wenn der Pflegebedarf die Schulpflicht gefährdet

Kinder mit einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung werden im Bildungssystem nicht ausreichend versorgt. Die betroffenen Eltern pochen auf strukturelle Lösungen und fordern, dass Schulgesundheitsfachkräfte an den Schulen endlich dauerhaft angestellt werden.

Die sieben Jahre alte Marie sollte jüngst aus der Schule fliegen. Nicht weil sie sich überaus frech verhalten oder etwas Schlimmes ausgefressen hatte, sondern, weil sie hilfs- und pflegebedürftig ist. Eine verkehrte Welt, findet ihre Mutter. Sie hat sich in ihrer Not an „Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e.V.“ (EbE) in Berlin-Schöneberg gewandt. Denn Marie lebt mit mehreren Handicaps: Sie ist sehbehindert, kann nicht allein sitzen, hat Epilepsie, braucht einen Katheter sowie regelmäßig Medikamente. Ihre Mutter übernimmt die Grundpflege der Tochter, die im Pflegegrad 5 eingestuft ist, und koordiniert den Einsatz von rund 20 Institutionen und Anlaufstellen aus Pflege, Gesundheit und Sozialem. Zur Behandlungspflege kommt regelmäßig ein ambulanter Pflegedienst nach Hause. Aufgrund der gesundheitlichen Belastungen sollte Marie während der gesamten Schulzeit begleitet werden, auch wenn sie mit dem offiziellen Fahrdienst zur Schule gebracht wird.

Schulen verfügen nicht über medizinisches Wissen

Ab dem schulfähigen Alter hoffte die Mutter auf Entlastung und war froh, dass Marie in einer speziellen Förderschule aufgenommen worden ist. Für das Mädchen ist es die einzige Chance zur Beschulung. An einem Vormittag Mitte April hatte Marie jedoch plötzlich kurze Atemaussetzer, die Schule alarmierte den Rettungsdienst und sorgte für eine Klinikeinweisung. Eine nachvollziehbare Handlung. Für die Familie aber könnte sie im Nachgang zum Dilemma werden. Die Schule teilte der Familie mit, dass sie aus gesundheitlichen Sicherheitsgründen einen weiteren Schulbesuch von Marie ablehne - es sei denn, Marie könne durchgehend von einer ihr ärztlich verordneten Pflegekraft begleitet werden. In der EbE-Beratungsstelle zweifelt Beraterin Bettina Land, ob ein Notfall gegeben war. Kurze Atemaussetzer gehören zum Krankheitsbild von Marie. Die Familie weiß das, die Schule nicht. Medizinisch geschultes Personal gibt es in vielen Schulen, so Land, meistens nicht und begleitende Pflegekräfte seien aufgrund des Fachkräftemangels allenfalls nur für einzelne Tage im Monat zu bekommen.

Auf Einhaltung der Schulpflicht pochen

Auch Maries Mutter hat mehr als ein Jahr lang bei verschiedenen ambulanten Pflegediensten angefragt – jedoch keinen gefunden, der aufgrund der Personalnot in der Pflege in der Lage war, dauerhaft und verlässlich in die Förderschule zu kommen. Eltern seien daher darauf angewiesen, dass die Schule die gesundheitliche Versorgung mitträgt und diese auch organisiert. Gesundheitliche Notfälle aber gibt es an Schulen immer wieder. „Damit allein lässt sich das Ende der Beschulung nicht begründen“, sagt Land, „wir haben der Mutter empfohlen, auf die allgemeine Schulpflicht zu pochen und die Tochter weiterhin in die Schule zu bringen.“ „Die Eltern müssen die Einhaltung der Schulpflicht einfordern“, betont auch Dr. Christoph Hertzberg, Chefarzt im Zentrum für Sozialpädiatrie und Neuropädiatrie (DBZ) in Berlin-Neukölln. Keinesfalls sollten sie sich auf schlechte Kompromisse einlassen: „Werden nur eine Schulstunde pro Tag oder kurze Hausbesuche angeboten, nenne ich das,

aktive Exklusion'. Kurze Zeiten der Beschulung sind keine Entlastung der Eltern und helfen auch nicht den Kindern.“ Aktuell sei die Gefahr hoch, dass Marie auf die „lange Bank der ungelösten Fälle“ geschoben werde. Denn es kann viele Monate dauern, bis alle Beteiligten an der Schnittstelle zwischen Schulverwaltung, Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung eine gemeinsame Lösung erarbeitet haben.

Ausgebildete Schulgesundheitsfachkräfte hingegen, die fest an den Schulen angestellt sind, bringen medizinisches und pflegerisches Wissen mit und könnten viele Lücken in der Versorgung schließen. Für das Pflaster nach dem Rempler auf dem Schulhof wäre ebenso gesorgt wie für ein kurzes Gespräch wegen diffuser Bauchschmerzen oder für die dringend benötigten Medikamente vor dem Mittagessen. In den meisten europäischen Ländern, etwa in Polen, in Skandinavien, in Spanien und Großbritannien gibt es bereits Schulgesundheitsfachkräfte. In Deutschland sind sie bundesweit allenfalls in Modellprojekten tätig.

Gesundheitsfachkräfte könnten Lücken schließen

Aufwind erhält die Forderung durch die Kampagne #InklusionStattAusgrenzung. Mehrere medizinische Verbände – unter anderem die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG), die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) und die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) – betonen in ihrem Appell vom September 2023, dass Schulgesundheitsfachkräfte das Lehrpersonal, Eltern und Kinder entlasten, die Inklusion von chronisch erkrankten oder Kindern mit Behinderung fördern und die Gesundheitskompetenz an Schulen erhöhen würden. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat sich jetzt dieser Forderung angeschlossen. Anlass sind die Ergebnisse der im März 2024 HBSC-Studie (Health Behaviour in School-aged Children) zur gesundheitliche Situation von Schülerinnen und Schülern in Deutschland. Demnach leidet fast die Hälfte der Mädchen sowie ein Drittel der Jungen an multiplen psychosomatischen Gesundheitsbeschwerden. Der „bedarfsgerechte, flächendeckende Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften als Teil des multiprofessionellen Teams an Schulen“ könnte hier eine wichtige Versorgungslücke schließen, heißt es im VBE-Appell. „Eine strukturelle Lösung ist seit Jahren überfällig“, sagt EbE-Beraterin Bettina Land. Die nächste Personengruppe, die häufig von Schulbesuchen ausgeschlossen werde, seien die betreuungsintensiven Kinder im Autismus-Spektrum. Auch für sie müsse eine Lösung sowie mehr und vor allem geeignetes Personal gefunden werden.

Fachbeirat Care Management

<https://www.fachbeirat-caremanagement.de>